

KOLUMNE

Acht Wochen noch



WAHL
2013

Wir nennen den Namen jetzt nicht, auf keinen Fall. Es geht um eine Frau von 59 Jahren, geboren in Hamburg, derzeit in gehobener politischer Position tätig, aber darüber schweigen wir lieber. So macht sie es auch, nennt den Namen Peer Steinbrück nicht, so gut wie nie, und äußert sich nur im äußersten Notfall zu seiner Tätigkeit. Damit setzt sie die politische Geschichte der Namen fort. Zwei Stränge gibt es. Der eine beginnt spätestens im Mittleren Reich Ägyptens. Das Volk vermied es zeitweise, den Namen des Pharaos zu nennen, aus Angst oder Ehrfurcht. Spätere Kaiser und Könige in aller Welt ließen sich mit „Majestät“ anreden. In den Demokratien sagt man „Herr Präsident“ oder „Frau Bundeskanzlerin“, aber das hat nur noch protokollarische Bedeutung. Die Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist nicht beleidigt, wenn sie mit Frau ..., wenn sie mit ihrem bürgerlichen Namen angeredet wird. Sie ist eben nicht „jenes höhere Wesen, das wir verehren“, wie es in Heinrich Bölls Erzählung „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen“ ständig heißt, anstelle von Gott. Sie ist eine von uns. Dass wir unsere Politiker beim Namen nennen dürfen, ist ein Zeichen von Demokratisierung. Der zweite Strang der politischen Geschichte der Namen betrifft die Verfeimten, vor allem in den Diktaturen. Im Stalinis-

Für jene Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist das Teil ihrer Strategie.

mus war es üblich, jene, die in Unnade fielen, aus Listen und Büchern zu tilgen. Mit den Namen sollte die Erinnerung verschwinden, die Existenz gelöscht werden.

Namen können Kampfmittel sein. Als ich kürzlich mit Wolfgang Porsche zusammensaß, nannte er seine Cousins und Cousinen vom Familienzweig der Piëchs leise lächelnd die „Nichtnamensträger“. Sie alle sind Enkel von Ferdinand Porsche, allen gehört die Porsche Holding, aber der Name Porsche wird offenbar als Grund angesehen, sich ein bisschen besser zu fühlen. Wer mit Namen spielt, spielt mit der Identität und der Zugehörigkeit von anderen.

Für jene Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, ist das Teil ihrer Wahlkampfstrategie: Sie übernimmt zum Teil das Programm der SPD und macht die große Konkurrenzpartei damit unkenntlich. Sie befasst sich so gut wie gar nicht mit ihrem Rivalen und macht ihn so zum Kapitän Nemo der Politik, zum Niemand. Damit will sie ihn der Vergessenheit anheimgeben, der Nichtwählbarkeit. Sie macht einen Wahlkampf minus Opposition, und das kennt man eigentlich nur aus Diktaturen.

Sie macht das aus Angst, nicht aus Ehrfurcht. „Sobald man den Teufel

nennt, kommt er g'rennt“, heißt ein Sprichwort. Sie hat, obwohl sie die souveräne Kanzlerin gibt, immer noch Angst vor einer Niederlage, und deshalb spielt sie Namensspielchen. Sie sollte aufhören mit solchen Kindereien. Ich bin auch bereit, den Anfang zu machen. Die Frau, deren Namen wir hier nicht nennen wollten, heißt, na ja, Sie wissen schon.

Dirk Kurbjuweit



Hinkel

nem ausländischen Geheimdienst verpflichtet“, für den er bis 1996 als „illegaler Agent“ tätig gewesen sei; im selben Zeitraum habe er auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet. Für beide Geheimdienste habe er unter dem Decknamen „Jens Peter“ spioniert. Mit dieser Erklärung versuchte Hinkel in einem Verfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht, die Herausgabe seiner Stasi-Akten zu verhindern,

über die der SPIEGEL (15/2013) berichtet hatte. Sein Anwalt argumentierte vor Gericht, dass Hinkels Stasi-Akten wegen der Tätigkeit für die anderen Geheimdienste wie eine Verschlussache zu behandeln seien. Sämtliche Unterlagen über seine Agentenlaufbahn lägen beim Bundesamt für Verfassungsschutz und beim Bundesinnenministerium.

GEHEIMDIENSTE

„Illegaler Agent“

Der Investor des umstrittenen Bauprojekts an der Berliner East Side Gallery, Maik Uwe Hinkel, war nach eigenen Angaben ein Doppelagent. Er habe sich 1981 „zur Zusammenarbeit mit ei-

BUNDESWEHR

Unsicherer Umgang

In Afghanistan haben Bundeswehrsoldaten dreimal innerhalb einer Woche versehentlich Schüsse abgegeben. Dies geht aus einer vertraulichen Unterrichtung des Parlaments durch die Bundesregierung hervor. Die Vorfälle ereigneten sich demnach zwischen dem 17. und dem 23. Juli in Masar-i-Scharif und Kunduz. Ein Schütze wurde leicht verletzt. Im Juni war es zu zwei ähnlichen Vorfällen in Nordafghanistan gekommen. Die Bundeswehr ordnete nun an, „erneut Belehrungen und Ausbildungen“ zum sicheren „Umgang mit Waffen und Munition“ zu geben.



Bundeswehrsoldaten in Afghanistan

AXEL HEIMKEN / DAPD